Senator Ulrich Mäurer begrüßt Neubürgerinnen und Neubürger der Stadt Bremen



Innensenator Ulrich Mäurer (rechts) heißt in der oberen Rathaushalle Neubremerinnen und Neubremer willkommen.



Senator Ulrich Mäurer (2. von links) mit einer der 2018 eingebürgerten Familien.

Senator Ulrich Mäurer hat heute Abend bei der 24. Einbürgerungsfeier 12 Neubürgerinnen und Neubürgern ihre Einbürgerungsurkunde überreicht. Bei dem traditionellen Empfang in der Oberen Rathaushalle wurde die Einbürgerung von 831 Männern, Frauen und Kindern gefeiert, die seit der letzten Feier im Juni 2018 in Bremen eingebürgert wurden. Im vergangenen Jahr entschieden sich in Bremen insgesamt 1.462 Menschen aus 92 Ländern für die deutsche

Staatsangehörigkeit - überwiegend aus der Türkei, dem Iran, Großbritannien und Polen. "Sie sind nun deutsche Bürgerin und deutscher Bürger – aber Sie bleiben immer, wer Sie sind", erklärte der Senator und ermutigte die neuen Bremerinnen und Bremer dazu, unsere Demokratie aktiv mitzugestalten, indem sie sich zum Beispiel in Vereinen engagieren und sich politisch beteiligen. Am 26. Mai gibt es dazu gleich in doppelter Hinsicht Gelegenheit: An diesem Tag sind in Bremen gleichzeitig Landtagsund Europawahlen. "Wir entscheiden mit, ob Europa weiter zusammenwächst, die Menschen verbindet, die Grenzen beseitigt und ein friedliches Miteinander garantiert", ermutigte der Senator.

Offizielle Amtseinführung für den neuen Ordnungsdienst



Das gut gelaunte Team des Ordnungsdienstes mit dem Leiter des Ordnungsdienstes Uwe Papencord (1. von links), Amtsleiterin Sermin Riedel (2. von rechts) und Senator Ulrich Mäurer (rechts)



Die Winterjacken des Ordnungsdienstes

Innensenator Ulrich Mäurer und die Leiterin des Ordnungsamtes, Sermin Riedel, haben heute 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes im Kaminsaal des Bremer Rathauses offiziell willkommen geheißen.

Senator Mäurer: "Es gibt Quartiere, die sind in einem Top-Zustand. In anderen Straßenzügen wird der Müll jedoch, ohne

Übertreibung, einfach zum Fenster rausgeworfen. Irgendwer wird sich schon kümmern, so die Haltung dieser Leute. Die Bevölkerung erwartet aber, dass der Staat seine Rolle wahrnimmt, dass er präsent ist und dass er sich nicht auf der Nase herumtanzen lässt. Deswegen ist Ihr Engagement von nicht zu unterschätzender Bedeutung für unsere Stadt. Sie kümmern sich nicht nur um illegale Müllablagerungen, sondern auch um Lärmbeschwerden. Sie überprüfen, ob Hunde beim Ausführen angeleint sind. Sie müssen oft schlichten, deeskalieren und argumentieren. Sie schauen bei Großveranstaltungen wie Freimarkt oder Weihnachtsmarkt nach dem Rechten. Häufig führt schon Ihre bloße Präsenz zu Verhaltensänderungen bei bestimmten Personen. So sorgen Sie in den Stadtteilen und Straßen für mehr Lebensqualität und ein höheres Sicherheitsgefühl."

Bis Ende des Jahres wurden bereits rund 300 gebührenpflichtige Verwarnungen ausgesprochen. Das Interesse am neuen Ordnungsdienst ist groß. Viele Ortsämter haben sich seit dem offiziellen Start im Herbst gemeldet und um Unterstützung in ihren Quartieren gebeten. Deshalb sei eine systematische personelle Aufstockung nötig, erklärte Senator Ulrich Mäurer: "Ein Team von 100 Kolleginnen und Kollegen ist für eine Stadt wie Bremen ganz sicher nicht zu viel."

Viertägige Aktion in Gröpelingen ist Teil einer langfristigen Kampagne initiiert vom Innenressort, der Umweltbehörde und dem neuen Kommunalbetrieb "Die Bremer Stadtreinigung"



Der Verursacher wird ermittelt

Heute starteten der Ordnungsdienst und "Die Bremer Stadtreinigung" in gemischten Teams von jeweils vier Mitarbeitern eine viertägige Aktion in Gröpelingen. Im Fokus stehen die illegalen Müllablagerungen im Liegnitzquartier und entlang der Gröpelinger Heerstraße sowie der Ritterhuder Straße. Die Müllhaufen werden zunächst gesichert. Im nächsten Schritt werden, wenn möglich, die Verursacher und Verursacherinnen ermittelt und zur Verantwortung gezogen. Innerhalb der nächsten Tage werden dann auch die Müllhaufen abtransportiert werden. Innensenator Ulrich Mäurer: "Es ist uns klar, so kann es nicht weitergehen. Wir müssen in Gröpelingen mehr als bisher machen. Wir sind aktuell dabei, zusammen mit den seit langem engagierten Akteurinnen und Akteuren vor Ort ein gemeinsames Programm für Gröpelingen zu entwickeln - zeitnah und effektvoll."







Die heutige Aktion ist Teil einer gemeinsamen und langfristig angelegten Maßnahme des Umwelt- und Innenressorts, sowie der "Bremer Stadtreinigung" mit dem Ziel, die Aufenthalts- und Wohnqualität in Gröpelingen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Innensenator Mäurer plant denn auch schon weiter: "Wenn unser Muster, in Gröpelingen vorzugehen, nachhaltig erfolgreich ist, werden wir dasselbe Muster auch in anderen Brennpunkten anwenden.

Gelöbnis, Ernennungen und Ehrungen der Freiwiligen Feuerwehr Bremen



Das Gelöbnis der 35 neuen Mitglieder der Freiwilligen Wehren in Bremen

In Deutschland gibt es 2.074 Städte. Nur rund 100 von ihnen haben eine Berufswehr. Die allgemeine Hilfe und den Brandschutz leisten an vielen Orten Deutschlands deshalb vor allem die über 22.000 freiwilligen Feuerwehren mit ihren rund eine Million ehrenamtlichen Mitgliedern, darunter auch die 654 Bremer Feuerwehrfrauen und -männer in den 19 Wehren. Ein Blick zurück in die jüngste Vergangenheit zeigt, wie groß das Spektrum ist und wie sehr wir die Freiwillige Feuerwehr in Bremen brauchen: Da war der Jahrhundertsommer, wo sie half, die Jungbäume im Stadtgebiet zu wässern; der Moorbrand im Emsland; die Gasexplosion in Huchting mit drei

Toten; der Kabelbrand im Klinikum Mitte; und nicht zu vergessen, der Großeinsatz auf der Lürssenwerft im September 2018.



Die Freiwillige Feuerwehr in Bremen

Solche Einsätze verlangen ein Höchstmaß an Leistung ab. Aber nicht nur das – trotz der Beachtung aller Regeln und Sicherheitsmaßnahmen werden sich die Frauen und Männer der Freiwilligen Wehren in manchen Situationen zum Wohle der Allgemeinheit Risiken aussetzen müssen.
Senator Ulrich Mäurer: "Diese Einsatzbereitschaft nötigt mir höchsten Respekt ab und im Namen des Senats möchte ich

Ihnen, die heute Ihr Gelöbnis ablegen, als auch den Jubilaren, die seit 25, 40, 50, 60 und 70 Jahren bei der Freiwilligen Feuerwehr sind, meinen ganz herzlichen Dank sagen!"









Öffentliche Belobigung für drei Lebensretter



Senator Ulrich Mäurer zeichnet die Lebensretter für ihr entschlossenes Handeln aus (von links: Neven Kuzmic, Oliver Sachse, Oliver Rieskamp)

Oliver Sachse war am 2. September 2018 früh morgens auf dem Grollander Deich unterwegs, um für seinen nächsten Marathonlauf zu trainieren, als er erkannte, dass ein Fahrradfahrer zusammengebrochen war und dringend Hilfe benötigte. Gemeinsam mit einer weiteren Helferin begann er mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung, bis die alarmierten Rettungskräfte eintrafen. Senator Ulrich Mäurer: "Es ist Ihrem couragierten und besonnenem Handeln zu verdanken, dass der Betroffene vor Ort überlebt hat."

Die beiden Polizeibeamten Neven Kuzmic und Oliver Rieskamp retteten eine Berliner Kollegin, die am 23. Oktober 2018 während einer Sporteinheit vor ihnen zusammenbrach. Bis der Notarzt eintraf, hatten sie ihre Kollegin, bei der später ein gerissenes Gehirn-Aneurysma festgestellt wurde, reanimiert und die Zugangswege für die Rettungskräfte freigemacht. "Durch Ihr schnelles und zielgerichtetes Einschreiten ist es möglich, dass Ihre Kollegin heute wieder am Leben teilnehmen kann und im Einsatz ist", erklärt Senator Ulrich Mäurer.

Feuerwehr hebt Jan-Reiners-Lok an



Von links: Leiter der Bremer Berufsfeuerwehr Karl-Heinz-Knorr, Innensenator Ulrich Mäurer und das Team der Feuerwehr Bremen

Mehr als 50 Jahre stand die historische Jan-Reiners-Lok als Denkmal in Findorff. Inzwischen ist die 1899 erbaute Dampflokomotive in die Jahre gekommen und braucht dringend eine Generalüberholung. Dazu muss sie in eine Werkstatt nach Bruchhausen-Vilsen transportiert werden. Daher rückte heute (28.02.2019) die Feuerwehr Bremen mit einem Schwerlastkran an, um die etwa 15 Tonnen schwere Lok von ihrem Sockel und auf einen Schwertransporter zu heben. Die Auszubildenden, die diese Aktion als Gelegenheit für eine technische Übung nutzten, hatten alle Hände voll zu tun.









Innensenator Ulrich Mäurer stellt Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 vor



Von rechts: Polizeipräsident Müller, Sprecherin Gerdts-Schiffler, Innensenator Mäurer, Direktor der Ortspolizeibehörde Bremerhaven Götze, Leiter des Landeskriminalamtes Dr. Heinke

Starker Rückgang bei Raubtaten auf der Straße und dem Wohnungseinbruch in Bremen

Innensenator Ulrich Mäurer, Polizeipräsident Lutz Müller, der Direktor der Ortspolizeibehörde Bremerhaven Harry Götze sowie der Leiter des Landeskriminalamtes Dr. Daniel Heinke haben heute (5. März 2019) die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2018 vorgestellt. "Die Zahl der Straftaten im Land Bremen ist erneut leicht rückläufig, dabei ist die Aufklärungsquote im Land von 48,5 auf 49,2 und in Bremen Stadt von 47,3 auf 49,3 Prozent gestiegen", stellte Innensenator Mäurer zu Beginn der Pressekonferenz fest. Besonders erfreulich sei der deutliche Rückgang beim Wohnungseinbruch.

Rückgänge sind statistisch auch bei den Körperverletzungs- und Diebstahlsdelikten festzustellen. "Die Zahlen müssen jedoch, ebenso wie bei anderen einfach gelagerten Deliktsfeldern (z.B. Beleidigungen und Sachbeschädigungen) mit einem kritischen Blick betrachtet werden", betonte Mäurer ausdrücklich. Fakt sei, dass die Bearbeitungsrückstände gegenüber dem Vorjahr um ca. 4.600 Fälle angestiegen seien. Bearbeitet würden die Fälle selbstverständlich dennoch, nur deutlich später als gewünscht. An dieser Entwicklung werde aber deutlich, wie sich Fehlstellen bei der Kriminalpolizei auswirkten sowie eine überaus dünne Personaldecke über die ganze Polizei hinweg und die große Sonderkommissionen, wie insbesondere im Zusammenhang mit dem BAMF-Verfahren.

Mäurer: "Umso erfreulicher ist, dass unserer Argumentation inzwischen alle Parteien in der Bürgerschaft gefolgt sind und diese nun, wie wir auch, eine deutliche Erhöhung der Zielzahl für die beiden Polizeibehörden in Bremen und Bremerhaven fordern."

Erster Spatenstich zum Neubau einer Werkfeuerwache bei ArcelorMittal



(von links): Carsten Weis (Projektleiter), Jens Loock (Arbeitsdirektor), Jörn Gildehaus (Architekt), Reiner Blaschek (Vorstandsvorsitzender), Innensenator Ulrich Mäurer, Muhamed Tokmak (Betriebsratsvorsitzender), Thorsten Hochhard, (Geschäftsführer Eiffage Infra-Hochbau GmbH)

Auf dem Werksgelände von ArcelorMittal Bremen wird eine neue Feuerwache mit angeschlossenem Gesundheitshaus errichtet. Innensenator Ulrich Mäurer übernahm gemeinsam mit dem Management und Betriebsrat des Unternehmens den symbolischen ersten Spatenstich für den Neubau, der Ende 2020 bezogen werden soll. Anlass für die Errichtung eines Neubaus ist der neue Bauabschnitt der A281 über das Werksgelände.

Bundesverwaltungsgericht entscheidet: DFL muss Mehrkosten für Fußballeinsätze zahlen



Senator Ulrich Mäurer mit DFL Präsident Reinhard Rauball

"Heute ist ein guter Tag für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland", freut sich Innensenator Ulrich Mäurer nach dem Urteil in Leipzig. Nach dem Oberverwaltungsgericht in Bremen hat auch das Bundesverwaltungsgericht als oberste Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit bestätigt, dass die Mehrkosten für Polizeieinsätze für Hochrisikospiele den Veranstaltern in Rechnung gestellt werden dürfen. Mäurer: "Damit schreibt Bremen Rechtsgeschichte. Ich hoffe, dass die DFL ihre Niederlage akzeptiert und nun eine bundesweite Finanzierungslösung auf den Weg bringt. Falls sich keine gemeinsame Lösung abzeichnet, werden wir die weiteren Kostenbescheide alsbald der DFL zustellen. Ich halte es für richtig, die ausstehenden 2,3 Millionen Euro für die Auszahlung von Überstunden zu nutzen, die bei der Polizei in der Vergangenheit im großen Umfang im Zusammenhang mit Fußballeinsätzen angefallen sind."

Das Oberverwaltungsgericht in Bremen wird sich hinsichtlich einer Detailfrage noch einmal mit dem Verfahren befassen. Hier geht es aber lediglich um die Frage, wie mit den Kosten, die bei der Ingewahrsamnahme von Störern entstehen, umzugehen ist.

10 Jahre gelungene Stadtteilarbeit - Präventionsrat Bremen West



Senator Ulrich Mäurer (mitte) mit Vertreterinnen und Vertretern des Präventionsrates Bremen West

Auf Einladung des Senators Ulrich Mäurer war heute der Präventionsrat Bremen West zu Gast im Innenressort. Hintergrund war das zehnjährige Bestehen des Gremiums. "Zehn Jahre waren Sie schon im Bremer Westen aktiv. Ihre Aktionen sind eine Fundgrube ambitionierter Arbeit und es gibt kaum ein Thema, das Sie nicht angepackt haben", sprach der Senator seine Anerkennung aus.

Ziel des Gremiums ist insbesondere die Förderung eines friedvollen Zusammenlebens und eine Verbesserung der Lebensqualität im Bremer Westen. Grundsätzlich steht der Präventionsrat allen Themen offen gegenüber. So finden sich auf seiner Agenda Veranstaltungen zu Bereichen wie Mobbing, Gewalt, Nachtwanderer und Sucht. Schon 2010 stellte der Präventionsrat das Thema Unordnungserscheinungen in den Vordergrund und richtete eine Arbeitsgruppe zu Müllvermeidung ein, die seither eine Reihe an Aktionen durchgeführt hat.

Innensenator Ulrich Mäurer bedankte sich bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern für das anhaltende Engagement und betonte die Relevanz des Rates für den Stadtteil: "Ich bin mir sicher, dass Ihr Stellenwert im Bremer Westen größer wird", erklärte Mäurer in Hinblick auf sein Konzept "Sichere und saubere Stadt". Die breite Vernetzung des Rates in den Stadtteil hinein ermögliche eine enge Zusammenarbeit mit den lokalen Initiativen sowie Institutionen und stärke den Informationsaustausch. Das verdiene höchsten Respekt und erhöhe die Chance, etwas zu verändern.

Der Präventionsrat West gründete sich 2008 aus dem Forum Gewaltprävention des Gesundheitstreffs West heraus und ist eine von insgesamt drei solcher Netzwerke. Die beiden anderen langjährig aktiven Räte sind in Bremerhaven und Bremen-Nord. Beim Senator für Inneres ist die Kooperationsstelle Kriminalprävention (KSKP) angesiedelt, die solche Aktivitäten unterstützt.

"Jede Woche Hinweise auf gefährliche Personen / Aufstockung des Landesamtes um 20 Personen war dringend notwendig"



Dierk Schittkowski (links) und Ulrich Mäurer stellen Verfassungsschutzbericht 2018 vor.

Innensenator Ulrich Mäurer hat heute gemeinsam mit dem Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Bremen, Dierk Schittkowski, den Verfassungsschutzbericht 2018 vorgestellt.

Schwerpunkt der Beobachtung für den Bremer Verfassungsschutz lag 2018 wieder auf der salafistischen Szene Bremens. Hier war ein Anstieg auf nunmehr rund 540 Personen zu verzeichnen. "Entgegen dem Rückgang öffentlichkeitswirksamer Aktionen entfaltet die salafistische Szene in Begegnungsstätten salafistisch geprägter Organisationen und Moscheen als auch in den sozialen Medien noch immer eine Sogkraft auf junge Leute", betont Dierk Schittkowski.

Ebenso bleibt auch die Lage im Bereich des Ausländerextremismus angespannt. Die Geschehnisse in der Türkei und Syrien spiegelten sich nach Darstellung von Schittkowski auch in Deutschland durch ein verstärktes Demonstrationsgeschehen und eine gesteigerte Emotionalisierung der Anhänger der verschiedenen Ausländerorganisationen wider.

Rechtsextremisten gelinge es zunehmend, Einfluss auf öffentliche Meinungsbildungsprozesse zu nehmen: Unter Verdeckung etwaiger Szenebezüge nach außen und mittels propagandistisch aufbereiteter Beiträge über islamistischen Terrorismus, Gewalttaten vermeintlicher Ausländer oder militanter Linksextremisten schüren Rechtsextremisten die Ängste und Sorgen einer Vielzahl von Menschen. So werden diffamierende Stereotypenbilder transportiert, die dazu führen, dass Menschen pauschal, z. B. wegen ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe, abgewertet werden.

Eine herausragende Rolle sei in diesem Zusammenhang insbesondere den Parteiuntergliederungen der AfD, der "Jungen Alternative Bremen" (JAHB) oder dem "Flügel" beizumessen. Anhänger dieser Personenzusammenschlüsse propagierten politische Konzepte, die auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen und politisch Andersdenkenden gerichtet seien. Zugleich verletzen sie damit die Menschenwürde sowie das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip.

Mäurer: "Wir müssen feststellen, dass sich im vergangenen Jahr die Grenzen des Sagbaren schleichend weiter nach rechts verschoben haben. Der Ton in politischen Auseinandersetzungen wird härter. Dabei werden Tabubrüche systematisch eingesetzt, mit dem Ziel, die öffentliche Meinung an hanebüchene Thesen zu gewöhnen."

Auch in der linksextremistischen Szene zeigten sich Wechselwirkungseffekte, die sich anlassbezogen in Form von konfrontativer Gewalt mit den politischen Gegnern entlüden, betont Schittkowski. Die

hohe Anziehungskraft, die mit dem Betätigungsfeld "Antifaschismus" verbunden ist, werde unter anderem daran deutlich, dass sich neben Linksextremisten auch "anpolitisierte" oder gänzlich unpolitische, erlebnisorientierte Jugendliche hieran beteiligen.

Innensenator Mäurer: "Um die genannten Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen rechtzeitig zu erkennen, ist die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz unverzichtbar. Eine ausreichende personelle Ausstattung des Landesamtes für Verfassungsschutz ist unabdingbar, um der immer größer werdenden Gefahr vor allem durch den islamistischen Terrorismus etwas entgegensetzen zu können."

In Bremen gab es im vergangenen Jahr insgesamt 152 Straftaten (2017: 110, 2016: 122, 2015: 126 und 2014: 142) politisch motivierter Kriminalität von rechts, davon 4 Gewalttaten. (2017: 4 2016: 13, 2015: 6, 2014: 4).

Die politisch motivierte Kriminalität von links zählte in Bremen 119 Straftaten in 2018 (2017: 126, 2016: 70, 2015: 88 und 2014: 77). Darunter waren 15 Gewaltdelikte (2017: 11, 2016: 14, 2015: 7, 2014: 8).

Die politisch motivierte Ausländerkriminalität zählte 29 Straftaten in 2018 (2017: 23, 2016: 52, 2015: 34 und 2014: 44) darunter 5 Gewaltdelikte (2017: 1, 2016: 13, 2015: 2, 2014: 9).

In Bremen wurden im vergangenen Jahr 15 antisemitische Straftaten verübt (2017: 17, 2016: 6, 2015: 8, 2014: 15)

(Nachzulesen im Bericht Seite 105)

Zwei Bürgersprechstunden in Gröpelingen



Bürgersprechstunde im Nachbarschaftshaus Helene Kaisen (v.l.n.r. Ehepaar Richter, Pressesprecherin Rose Gerdts-Schiffler, Innensenator Ulrich Mäurer, Vorstand "Die Bremer Stadtreinigung" Insa Nanninga)

Illegaler Müll, verschmutzte Spielplätze, Drogenverkauf - viele Anwohnerinnen und Anwohner in Gröpelingen klagen darüber, sich in der eigenen Wohnumgebung unsicherer und unwohler im Vergleich zu früher zu fühlen. Bei zwei gemeinsamen Bürgersprechstunden mit dem Staatsrat des Umweltressorts Ronny Meyer und Insa Nanninga aus dem Vorstand der Bremer Stadtreinigung hatten Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil Gelegenheit, mit Innensenator Ulrich Mäurer darüber zu sprechen, was aus ihrer Sicht in diesem Bereich anders werden muss.

In den rund 20 Einzelgesprächen lag der Fokus auf Sicherheit, Sauberkeit und mehr Aufenthaltsqualität. Als Beispiele führten die Bürgerinnen und Bürger das rücksichtslose Parken auf Fußwegen auf, illegale Müllhaufen, Schrotträder, Überbelegung von Wohnungen sowie den offenen Drogenhandel. Die vielen Hinweise und Anregungen wurden umgehend von Innenbehörde, Ordnungsdienst, Verkehrsressort, Stadtreinigung und Polizei aufgegriffen.

Auslöser für die Bürgersprechstunden Anfang März und Ende April war eine sogenannte "Brennpunktbegehung" von Senator Mäurer im Spätsommer vergangenen Jahres durch Gröpelingen. Seither ist viel passiert: Schrottautos wurden entfernt, polizeiliche Maßnahmen unternommen gegen die offene Drogenszene sowie gegen auffällige Gewerbe, Verstöße gegen das Abfallortsgesetz mit Ordnungswidrigkeitsverfahren geahndet und Müllvolumen in den Haushalten überprüft, um sie anschließend gegebenenfalls anzupassen.

All diese - zunächst auf wenige Quartiere in Gröpelingen konzentrierte - Aktionen sind Teil einer gemeinsamen und langfristig angelegten Maßnahme des Umwelt- und Innenressorts, sowie von "Die Bremer Stadtreinigung" mit dem Ziel, die Aufenthalts- und Wohnqualität nachhaltig für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Innensenator Ulrich Mäurer plant auch schon weiter: "Wenn unsere entwickelten Muster in den Schwerpunktquartieren in Gröpelingen erfolgreich sind, werden wir dieselben Maßnahmen auch in anderen Stadtteilen anwenden."

Ehemaliges Polizeiboot bekommt neue Aufgabe: Innensenator übergibt "Bremen 15" an DLRG



Landesverbandspräsident Martin Reincke (2. von links) mit Senator Ulrich Mäurer (Mitte) vor der "Bremen 15" im neuen DLRG-Anstrich

Am heutigen Sonnabend übergab Senator Ulrich Mäurer das Polizeiboot "Bremen 15" an die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft in Bremen. Wegen der Neuausrichtung der Wasserschutzpolizei wurde das 200 PS starke Motorboot ausgesondert. Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte der DLRG hingegen können das Boot gut gebrauchen: für die Wasserrettung sowie im Katastrophenfall. Zudem macht die "Bremen 15" bei kritischen Hochwasserlagen eine wasserseitige Kontrolle der Deiche möglich. Der Präsident des DLRG Landesverbandes Bremen, Martin Reincke, nahm das überholte Kajütenboot entgegen.

Innensenator begrüßt den Nachwuchs der Feuerwehr Bremen zur Vereidigung



Die Vereidigung der 14 Brandmeisteranwärter (Foto: Feuerwehr Bremen)

Heute begrüßte Innensenator Ulrich Mäurer den Nachwuchs der Feuerwehr Bremen im Kaminsaal im Bremer Rathaus. Der leitende Branddirektor, Karl-Heinz Knorr, vereidigte die neuen Brandmeisteranwärter in einem feierlichen Akt. Während ihrer zweijährigen Ausbildungszeit werden sie in feuerwehrtechnischen und rettungsdienstlichen Themen ausgebildet.

Der Bremer Hauptbahnhof: Sicherer, sauberer und schöner



Innensenator Ulrich Mäurer neben Rose Gerdts-Schiffler (Pressesprecherin des Innenressorts, links), Klaus Prinke-Vesecky (stellv. Vorsitzender des Vereins "Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.), Gabriele Müller (Geschäftsführerin des Überseemuseums) und Projektkoordinator Jens Körber (rechts)

Vor rund einem halben Jahr hat der Bremer Senat das Konzept "Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof" beschlossen. Ziel war es, die vielfältigen Unordnungserscheinungen sowie die Straftaten rund um den Bahnhof zu reduzieren und zudem das Sicherheitsgefühl von Besucherinnen und Besuchern wie auch die Aufenthaltsqualität insgesamt zu erhöhen.

Innensenator Ulrich Mäurer zog auf der heutigen Pressekonferenz im Überseemuseum eine erste Bilanz: "Das Bild des Hauptbahnhofs hat sich trotz noch existierender Probleme deutlich verbessert". Das liege u.a. an der besseren Beleuchtung des Bahnhofsvorplatzes, der Entfernung hunderter Schrottfahrräder, der erhöhten Polizeipräsenz, dem Ausbau sozialer Angebote und der Installation von mehreren Dutzend Videokameras.

Entscheidend für das Gelingen des Projektes sind die ressortübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung. Dabei sollen die Interessen und Bedürfnisse der unterschiedlichsten Gruppen berücksichtigt werden. Eine Gratwanderung, die der eigens vom Senat hierfür eingesetzte Koordinator, Jens Körber, in engem Austausch mit allen Akteurinnen und Akteuren im Blick behalten muss. Ein weiterer wesentlicher Baustein ist die Gründung des Vereins "Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.", in dem Anrainer, Geschäftsleute und Verkehrsbetriebe vertreten sind. "Wir haben mit dem Verein einen dauerhaften, verlässlichen Partner", freut sich Mäurer.

Initiative gegen vermüllte Privatgrundstücke



Illegale Müllablagerung auf einem privaten Grundstück in Bremen

Während in diesen Wochen in vielen Bremer Vorgärten Tulpen, Narzissen und Primeln um die Wette blühen, gleichen andere Privatgrundstücke illegalen Mülldeponien: Ausgediente Wohnungstüren liegen neben prall gefüllten Plastiktüten, halbleeren Farbeimern, kaputten Wäschekörben, Teppichresten und Pizzaverpackungen. Sehr zum Ärger der Nachbarinnen und Nachbarn. Damit soll nun Schluss sein: Auf Initiative von Innensenator Ulrich Mäurer haben das Ordnungsamt Bremen und "Die Bremer Stadtreinigung" (DBS) eine Vereinbarung zum Umgang mit Abfalllagerungen auf privaten Grundstücksflächen geschlossen. Innensenator Ulrich Mäurer: "Mal abgesehen davon, dass solche illegalen Müllablagerungen optisch ein Ärgernis für alle darstellen, gehen von ihnen üble Gerüche aus, ziehen sie Ungeziefer an und führen dazu, dass auch andere Personen ihren Müll liegen und fallen lassen, wo es ihnen gerade gefällt."

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Ordnungsdienst und der DBS, die künftig auf solche Grundstücke stoßen, melden alle Fälle an den zuständigen Fachbereich bei der DBS. Senator Mäurer: "Erste Erfahrungen zeigen uns, dass es oft schon reicht, wenn die Betroffenen von offizieller Seite auf ihre vermüllten Grundstücke angesprochen werden. Wer sich allerdings taub stellt und nicht reagiert, muss anschließend die Kosten tragen!"

Zugleich wird mit Augenmaß vorgegangen. "Wenn gerade im Haus oder in einer Wohnung renoviert wird und die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, werden wir vorerst keine Maßnahmen einleiten", so Mäurer.

Nachbarn und Anwohnerinnen vermüllter Grundstücke können ihre Beobachtungen auch weitergeben:

- an die Bremer Stadtreinigung unter 04251/361-3611 oder info@dbs.bremen.de
- an den Ordnungsdienst unter 0421/361-12340.

Engagierte GdP-Frauen - und mittenmang der Senator



Es ist schon beinah Tradition, dass sich Angestellte und Beamtinnen der Gewerkschaft der Polizei im Frühjahr in Tossens treffen. An diesem kleinen Ort an der niedersächsischen Nordsee ziehen sich GdP-Frauen aus allen Bereichen der Innenbehörde zu einem dreitägigen Seminar zurück. Die Themen variieren – in diesem Mai ging es um die anstehenden Wahlen: Bürgerschaft und Europa - Altersarmut bei Frauen - Quotenregelung für Führungskräfte - Mentoring und Frauenförderung. Auch Innensenator Ulrich Mäurer war eingeladen und nahm gleich den Ball auf: Er ist der Ansicht, dass eine Frauenförderung auch für seine Behörde wichtig ist, um den Anteil der weiblichen Führungskräfte zu erhöhen.

Videoüberwachung am Hauptbahnhof startet: Neue Kameras werden ab heute in Betrieb genommen

21. Mai 2019

"Weniger Kriminalität und höhere Aufklärungsraten, besonders bei Diebstahl, Gewalt- und Drogendelikten," erwartet Innensenator Ulrich Mäurer von den insgesamt 52 Kameras, die nun das Umfeld rund um den Bahnhof überwachen. Die Kameras sind teils mit acht Objektiven ausgestattet, die in verschiedene Richtungen Aufnahmen machen. Sie erfassen den Bahnhofsvorplatz bis zum Überseemuseum, den ZOB sowie das Areal vor dem City Gate, die Straße hinter den Wohn- und Geschäftshäusern (Schleichweg vom Hugo-Schauinsland-Platz zum Breitenweg) sowie den Nordausgang. Der überwachte Bereich ist gut erkennbar ausgeschildert.

Die Aufnahmen werden in die neue Videoleitstelle im Polizeipräsidium in der Vahr übertragen und zur Auswertung gespeichert. Sieben Polizeibeamte verfolgen dort im Schichtbetrieb die Live-Bilder rund um die Uhr an Monitoren und können bei Gefahr in Verzug sofort den Einsatz auslösen. Nach 48 Stunden werden die Daten dann gelöscht – vorausgesetzt sie werden innerhalb dieser Frist nicht als Beweismaterial für Ermittlungszwecke benötigt.

Die Auflösung der Bilder ist qualitativ so gut, dass sie gerichtsverwertbar sind. Innensenator Mäurer: "So signalisieren wir den Straftätern – auch den potenziellen, dass der Bahnhof kein rechtsfreier Raum ist."

Die Videoüberwachung ist ein 2,3 Millionen Projekt und eine Maßnahme des Konzepts für mehr Sauberkeit, Sicherheit und Aufenthaltsqualität am Bahnhof. Die Ausrichtung der Kameras wurde in enger Abstimmung mit der Bremer Landesbeauftragten für Datenschutz vorgenommen.







Zwei neue Löschfahrzeuge für die Freiwillige Feuerwehr



Innensenator Ulrich Mäurer (2. von rechts) und der Amtsleiter der Feuerwehr Bremen, Karl-Heinz Knorr (rechts), bei der Übergabe des symbolischen Schlüssels für die beiden neuen Löschfahrzeuge an die Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehren Arsten, Michael Klinge (links), und Seehausen, Klas Radanke (2. von links)

Nach 30 bzw. 35 Dienstjahren werden zwei Löschgruppenfahrzeuge in Arsten und Seehausen ersetzt. Die neuen mit moderner Technik ausgestatteten Fahrzeuge übergab heute Innensenator Ulrich Mäurer an den Leiter der Bremer Feuerwehr. Karl-Heinz Knorr.

Rund 335.000 Euro ist das Löschgruppenfahrzeug 10 wert und ist das zurzeit kleinste Modell im deutschen Feuerwehrwesen. Das 12 Tonnen schwere Fahrzeug fasst neun Einsatzkräfte und ist u.a. mit vier Atemschutzgeräten, einem Atemschutzüberwachungssystem und zweier Fluchthauben zur Personenrettung versehen. Auch eine Tauchpumpe, eine Säbelsäge sowie eine Motorsäge gehören zur Grundausstattung. Damit ausgerüstet sind diese sog. LF 10 vor allem für den Ersteinsatz bei Brandbekämpfung und technischer Hilfeleistung geeignet, bis weitere Feuerwehreinheiten größere Einsatzfahrzeuge heranführen.

"Die engagierten Kameradinnen und Kameraden setzen Gesundheit und Leben aufs Spiel und haben einen Anspruch darauf, dass die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Mit diesen modernen Fahrzeugen sind Sie für die kommenden Einsätze gut ausgerüstet", erklärte Senator Mäurer den anwesenden Feuerwehrkräften und betonte: "Das ist für uns alle am Wichtigsten." Die Freiwillige Feuerwehr Bremen verfügt über insgesamt 16 Fahrzeuge dieser Art. Die ausgedienten Vorgänger werden nun auf einer entsprechenden online Plattform versteigert.

Behördenübergreifende Aktion gegen überbelegte Mietshäuser



Bremisches Wohnungsaufsichtsgesetz

Auf Initiative der Innenbehörde und in enger Abstimmung mit dem Bauressort wurden heute Morgen drei Wohnhäuser in Gröpelingen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes, der Bauordnung, der Polizei und der Feuerwehr überprüft. An der Aktion beteiligten sich zudem das Jobcenter, der Energieversorger, die Bremer Stadtreinigung und das Amt für Soziale Dienste. Die Zentrale Fachstelle Wohnen, das Gesundheitsressort und das Bildungsressort waren ebenfalls im Hintergrund per Rufbereitschaft eingebunden. Grundlage für die Überprüfung ist das Bremische Wohnungsaufsichtsgesetz. Es beschreibt die Mindeststandards für Wohnräume, die zum Schutze der Bewohnerinnen und Bewohner eingehalten werden müssen.

Innensenator Ulrich Mäurer: "Die Zustände in einigen der Wohnungen und Zimmer sind unhaltbar. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen in einer der Wohnungen ohne Warmwasser und Heizung auskommen. In einer anderen Wohnung waren Teile der Decke eines Zimmers schwarz vor Schimmel. In einem der Keller sind Kotspuren von Ratten zu erkennen. Wir dürfen und werden nicht zulassen, dass Menschen in Bremen unter solch unwürdigen Bedingungen leben müssen."

Außer Baumängeln stellten die Fachleute Manipulationen an einem Gaszähler, Stromdiebstahl, Urkundenfälschung, unangemeldete bzw. fehlende Mülltonnen und vollgestellte Rettungswege fest. Außerdem Personen, die zwar an der Adresse gemeldet waren, aber sich dort schon länger nicht mehr aufhalten bzw. Bewohnerinnen und Bewohner in den Häusern, die dort nicht gemeldet sind. Gleich in mehreren Fällen wird nach der heutigen Überprüfung dem Verdacht auf Leistungsbetrug nachgegangen. Zudem besteht in einem Objekt der Verdacht, dass in dem Mietvertrag eine größere Wohnfläche angegeben ist, als tatsächlich vorhanden, um vermutlich höhere Mieteinnahmen zu erzielen. Eine Wohnung ist so verschmutzt, dass eine Meldung ans Jugendamt erfolgte. Hinter einem der drei Häuser konnten die Einsatzkräfte jedoch, anders als erwartet, fast schon einen "Haken" machen: Bis auf fehlende Rauchmelder und einem mit Schuhschränken zugestellten Rettungsweg gab es keine Beanstandungen.

Die Eigentümerinnen und Eigentümer müssen die Mängel nun in einer vorgegebenen Frist beheben. Die Maßnahme ist eingebettet in eine Vielzahl anderer Einsätze in Gröpelingen, die das Wohnumfeld in einigen Quartieren verbessern sollen.

Neue Polizeiwache am Hauptbahnhof



(von links) Polizeipräsident Bremen Lutz Müller, Polizeidirektor Jörg Einemann (Leiter der Bundespolizeiinspektion Bremen), Geschäftsleiter Ivo Even (Firma Aurelis), Innensenator Ulrich Mäurer, Präsident der Bundespolizeidirektion Hannover Dr. Martin Kuhlmann

Heute zieht die Bundespolizei in die neue große Wache in das denkmalgeschützte grundsanierte Gebäude neben dem Bahnhof ein. Im September folgt die Landespolizei. Dann werden sie noch enger zusammen arbeiten - Tür an Tür.

Bei rund 120.000 Pendlern und Reisenden jeden Tag ist der Bahnhof ein Ort, der auch Straftäter anzieht. Umso wichtiger ist es, dass die Sicherheitskräfte vor Ort Hand in Hand arbeiten: gemeinsame Streifen und Schwerpunktmaßnahmen sowie die Nutzung gemeinsamer Ressourcen. Innensenator Ulrich Mäurer: "Jetzt sieht hier jeder, der zum Bahnhof kommt, die neue Wache mit den großen Buchstaben "Polizei" und da ist auch Polizei drin, rund um die Uhr ansprechbar."

Senator Mäurer erklärte zur heutigen Eröffnung, die Wache sei ein weiterer Schritt zum Ziel, den Bereich um den Hauptbahnhof deutlich zu verändern, ihn sauberer und sicherer zu machen: "Wir demonstrieren damit eine hohe Präsenz. Beseitigung von Schrottfahrrädern und Müll, ein neuer Unterstand für Obdachlose, die moderne LED-Beleuchtung und mehr Überwachungskameras - Monat für Monat ändert sich das Gesicht des Bahnhofs zum Positiven."

Innenministerkonferenz in Kiel geht zuende



Innensenator Ulrich Mäurer (ganz rechts) im Kreise seiner Kollegen, der Staatssekretärin Brandenburgs Katrin Lange und Bundesinnenminister Horst Seehofer (7. von rechts) | Foto: Frank Peter

Heute geht die dreitägige Innenministerkonferenz in Kiel zuende. Auf der Tagesordnung stand auch die Forderung Bremens, die Deutsche Fußballliga (DFL) an den Kosten für Polizeieinsätze zu beteiligen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im März entschieden, eine solche Gebühr sei rechtmäßig. Innensenator Ulrich Mäurer stellte seinen Kollegen der Bundesländer Eckpunkte für die Ausgestaltung eines Fußballsolidarfonds vor, aus dem die DFL mit 35 bis 40 Millionen Euro einen Teil der Polizeikosten des Bundes und der Länder bei Risikospielen finanzieren soll.

Die Innenminister der Länder Hamburg, Rheinland-Pfalz und Thüringen zeigten an dem Bremer Modell großes Interesse. Nun soll eine länderoffene Arbeitsgruppe den Entwurf aus Bremen gemeinsam weiter entwickeln. Eine Alternative zu dem von Bremen präferierten unbürokratischen Fußballsolidarfonds wäre eine Gebührenordnung nach dem Vorbild Bremens.

Die jährlichen Forderungen an die DFL würden sich nach dem Modell Bremens auf die wirtschaftlich ertragreichsten beiden oberen Fußballbundesligen beschränken und sich nicht an Vereine der 3. Liga oder Amateurligen richten. Die tatsächlichen Kosten für Polizeieinsätze im Fußball liegen bei etwa 150 Millionen jährlich.

Mit dem Hubschrauber in den Europahafen -Vergleichsübungen der BFE-Einheiten der Polizei



Ankunft BFE-Teams im Hubschrauber

Zweitägige Übungen der Beweis- und Festnahmeeinheiten (BFE) in Bremen: Bei bestem Sommerwetter treten 20 Spezialkräfte-Teams an verschiedenen Stationen in Bremerhaven, Bremen und im Umland gegeneinander an. Unter den Teilnehmern befinden sich Mannschaften aus dem gesamten Bundesgebiet, der Bundespolizei und die Wiener Einsatzgruppe Alarmbeteiligung (WEGA) aus Österreich. Auch Innensenator Ulrich Mäurer zeigt sich beeindruckt von den körperlichen und mentalen Höchstleistungen, die die Übungen und Extremsituationen den Spezialpolizisten abverlangen. Die Aufgaben stellen Situationen aus dem Berufsalltag nach, die so oder ähnlich eintreten könnten.

Das Zusammenwirken und die Weiterentwicklung der Einheiten - gerade bei länderübergreifenden Einsätzen - ist heute wichtiger denn je. Regelmäßig unterstützen BFE-Einheiten in anderen Bundesländern – z.B. bei Großdemonstrationen oder Risiko-Fußballspielen. So nehmen gemeinsame Übungen eine elementare Rolle ein und sind für den Einsatzerfolg entscheidend. Die BFE Bremen konnte im Juni 2017 den Wettkampf in Magdeburg für sich entscheiden und wurde der Tradition folgend beauftragt, die diesjährige Übung auszurichten. Als Ausrichter nimmt Bremen an den Übungen nicht teil. Unterstützt wird die Polizei Bremen bei der Ausrichtung unter anderem durch die Johanniter, das THW, die Feuerwehr Bremen und das Landeskommando Bremen.









"Tour der Hoffnung" - Radeln gegen den Krebs



Zwei Radler aus Leidenschaft: Innensenator Ulrich Mäurer (r) und Oliver Trelenberg (l)

Oliver Trelenberg erkrankte 2013 an Kehlkopfkrebs. Mit viel Bewegung und Sport schöpfte er neuen Lebensmut und Kraft. Seit 2015 tritt er mehrere Tausend Kilometer im Jahr in die Pedale und sammelt auf seinen Radtouren quer durch Deutschland für krebs— und schwerstkranke Menschen Spenden. Auf seiner diesjährigen "Tour der Hoffnung" ist er zugunsten krebskranker Kinder unterwegs. In Bremen wurde er heute auf dem Marktplatz von Innensenator Ulrich Mäurer begrüßt. Auch er ist leidenschaftlicher Radfahrer.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Mäurer!



Erhöhtes Medieninteresse auf dem "Pressebalkon" im Festsaal des Rathauses

Heute Mittag wählte die Bürgerschaft den neuen Senat. In geheimer Abstimmung wurde zunächst Dr. Andreas Bovenschulte zum Bürgermeister gewählt. In der nächsten Wahlrunde ging es um die neuen Mitglieder des rot-grün-roten Senats.



Der neue Senat (v.l.n.r.): Dietmar Strehl, Dr. Claudia Bogedan, Anja Stahmann, Dr. Maike Schaefer, Dr. Andreas Bovenschulte, Kristina Vogt, Dr. Claudia Schilling, Claudia Bernhard, Ulrich Mäurer

Fit genug für die Polizei?



Leiterin der Zentralen Polizeidirektion Andrea Wittrock neben Innensenator Ulrich Mäurer und Pressesprecherin Rose Gerdts-Schiffler (rechts)

Modernisierte Auswahlprüfung für die Polizei - transparent, wissenschaftlich hinterlegt und praxisnah

Heute stellten Innensenator Ulrich Mäurer und die Leiterin der Zentralen Polizeidirektion, Andrea Wittrock, das überarbeitete "Eignungsauswahlverfahren" vor. "Unsere Fachleute haben sich dazu bundesweit Einstellungstests angeschaut und die Kriterien ganz überwiegend an realen polizeilichen Alltagsanforderungen orientiert", betont Mäurer. So müssen beispielsweise künftige Bewerber und Bewerberinnen im Sporttest gezielt Kernkompetenzen wie Kraft, Ausdauer, Koordination, Schnelligkeit und Beweglichkeit unter Beweis stellen. Die Sprach- und Rechtschreibkompetenz wird künftig mit Übungen zur Rechtschreibung, Grammatik und Sprachgebrauch unter hohem Zeitdruck getestet. Auch Fragen, in denen es um Wortbedeutungen und ein schnelles Sinnverständnis geht, gilt es unter zeitlichem Druck zu beantworten.

"Das neue Auswahlverfahren ist modern und transparent zugleich", betont Mäurer. Alle Testteile werden mit Beispielen, Kurzvideos und Tipps zum Üben auf der Homepage der Polizeien Bremen und Bremerhaven dargestellt. Wer will, könne sich also selbst auf alle Prüfungen in einem gewissen Rahmen vorbereiten. "Dieser persönliche Einsatz im Vorfeld gibt uns auch einen Hinweis auf die Leistungsbereitschaft und Motivation eines Bewerbers", ist Mäurer überzeugt. Alle Prüfungen seien soweit wie möglich dem Alltag eines Polizeibeamten bzw. einer Polizeibeamtin im Einsatz auf der Straße angepasst. Unter der Überschrift "Retter in der Not" müssten die Bewerberinnen und Bewerber beispielsweise ihre Gesamt-Fitness unter Beweis stellen, indem sie ein Hindernis überwänden und einen verunglückten Menschen (simuliert anhand einer Puppe) innerhalb einer vorgegebenen Zeit aus einem Gefahrenbereich zögen.

Anders als früher erhalten die Bewerberinnen und Bewerber beim Sporttest künftig einmalig noch eine zweite Chance. "Eine Wiederholung einer nicht erfolgreichen Sportprüfung nach sechs Wochen ist möglich", betont Wittrock. Mit gezielten Übungen könnten Bewerberinnen und Bewerber, die es im ersten Durchlauf nicht geschafft hätten, in dieser Zeit ihre Defizite trainieren.

Eingangsvoraussetzungen für das Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung seien weiterhin das Abitur oder die Fachhochschulreife; auch ein mittlerer Bildungsabschluss plus abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung ist möglich. Eine polizeiärztliche Untersuchung hinsichtlich der Diensttauglichkeit ist weiterhin erforderlich. Innensenator Mäurer: "Ich bin sicher, am Ende der nächsten Bewerbungsrunden werden wieder in Bremen ausreichend viele aufgeschlossene, teamfähige, sportliche und verantwortungsvolle junge Menschen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen ihr Studium als Polizeianwärterin oder Polizeianwärter aufnehmen können."

Interessierte können sich die Anleitungen und Tipps zum Einstellungsauswahlverfahren auf der Homepage der Polizei unter dem Stichwort: "Bist Du fit genug?" anschauen. https://fit-genug.de

Videoüberwachung am Vegesacker Bahnhofsplatz



von links: Michael Schmidt, Ralf Töllner, Revierleiter Holger Voß, Innensenator Ulrich Mäurer, Ortsamtsleiter Heiko Dornstedt, Beiratssprecher Torsten Bullmahn.

Innensenator Ulrich Mäurer hat heute am Vegesacker Bahnhofsplatz neun Videokameras in Betrieb genommen. Dieser Bahnhof ist ein Knotenpunkt des öffentlichen Nahverkehrs in Bremen Nord - rund 10.000 Menschen sind hier jeden Tag unterwegs. Die Installation der Kameras begann bereits im März. Es folgten die Verlegung der Daten- und Stromleitungen sowie die Abnahme durch die Landesbeauftragte für Datenschutz.

Die präzisen Aufnahmen werden in die jüngst eingerichtete Videoleitstelle im Polizeipräsidium in der Vahr übertragen. Die Leitzentrale ist an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr besetzt.

"Diese Form der Live-Überwachung am Monitor ermöglicht es, Straftaten zu verhindern und im Notfall einzuschreiten, bevor etwas passiert," erklärt Mäurer. So werden das Sicherheitsgefühl der Passanten und die Aufklärungsrate steigen.

Wissenschaftler des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz belegt breiten muslimischen Widerstand gegen den Salafismus



Dr. Hazim Fouad zwischen Dierk Schittkowski (Leiter des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz) und Innensenator Ulrich Mäurer (rechts)

Innensenator Ulrich Mäurer stellt Ergebnisse der Arbeit vor

Bei dem Salafismus handelt es sich um eine fundamentalistische Auslegung der islamischen Religion. Eine Teilgruppe der Salafisten, die so genannten Jihadisten, ist zudem der Ansicht, dieses Weltbild mit Gewalt durchsetzen zu müssen.

Dr. Hazim Fouad, Mitarbeiter des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz, hat in seiner Doktorarbeit untersucht, inwieweit muslimische Kritikerinnen und Kritiker dem Salafismus etwas entgegensetzen. Hierbei stellte er fest, dass ein immenser Fundus an innermuslimischer Salafismuskritik existiert. Der Salafismus wird dabei theologisch, islamrechtlich, historisch und soziologisch kritisiert. Es sind also nicht nur die wenigsten Muslime Salafisten, sondern unter ihnen gibt es lautstarke Kritiker und Kritikerinnen, die über Bücher, Predigten, Aufsätze und Videovorträge versuchen, dem Salafismus etwas entgegenzusetzen.

Innensenator Ulrich Mäurer und der Leiter des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz, Dierk Schittkowski, stellten heute die Ergebnisse der Arbeit gemeinsam mit Hazim Fouad der Öffentlichkeit vor. "Dem Salafismus steht allerdings keine geeinte Front an Kritikern gegenüber. Das bedeutet, nicht jeder Salafismuskritiker ist automatisch ein lupenreiner Demokrat, denn das Spektrum reicht von liberal-modernen bis zu ultra-konservativen Positionen", so Mäurer.

Der Anteil der Salafisten unter den Muslimen beträgt in Deutschland ca. 0,2%. Dennoch nehmen Akteure und Akteurinnen des rechtsextremen und rechtspopulistischen Spektrums die Gesamtheit der Muslime in Geiselhaft für die Taten von Extremisten und Extremistinnen. "Der Verfassungsschutz hat den Auftrag, über extremistische Bestrebungen aufzuklären. Dazu gehört auch, in der Öffentlichkeitsarbeit klar zwischen Extremisten und Nicht-Extremisten zu unterscheiden", betont Verfassungsschutzchef Dierk Schittkowski.

Weitere Informationen finden Sie in unserer Pressemitteilung

Sie interessieren sich für die Dissertation? Klicken Sie hier.

Einbürgerungsfeier im Rathaus: 1.003 Neubürgerinnen und Neubürger aus 86 Ländern dieser Welt



Innensenator Ulrich Mäurer überreicht zwölf Neubürgerinnen und Neubürgern die Einbürgerungsurkunde

Heute Abend fand zum 25. Mal in Bremen die Einbürgerungsfeier statt. Rund 400 Gäste nahmen an dem traditionellen Empfang in der Oberen Rathaushalle teil. Innensenator Ulrich Mäurer übereichte 12 Neubürgerinnen und Neubürgern ihre Einbürgerungsurkunde: "Wir sind stolz darauf, dass Sie sich mit der deutschen Staatsangehörigkeit ohne "Wenn und Aber" zu unseren Grundwerten im Grundgesetz bekannt haben."

Dort heißt es unter anderem: "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Herkunft, seines Glaubens oder seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden." Dies, so Mäurer, müsse unsere Richtschnur sein, ob im Privatleben, in der Schule oder in unseren unterschiedlichen Berufen, die wir ausüben. "Ich hoffe sehr, dass Sie Lust haben sich einzumischen, Ihr Umfeld noch mehr als bisher mitzugestalten und Akzente in dieser Stadt zu setzen. Übertönen Sie gemeinsam mit uns die Vertreter von Rechtsaußen", ermutigte der Senator die Anwesenden und erklärte: "Ich bin sicher, gemeinsam können wir die Hetzer, die versuchen, uns gegeneinander aufzubringen, auf demokratische Art und Weise an den Rand drängen."

Zwischen Januar und August entschieden sich 1003 Bremerinnen und Bremer für die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie stammen aus 86 Ländern dieser Welt. Die größte Gruppe kommt aus der Türkei (170), gefolgt von Großbritannien (162), Iran (57), Ghana (39) und Polen (39).

















"Noch ist nicht alles im Eimer"

Die Bremer Stadtreinigung startete heute eine breit angelegte Offensive gegen Müll im öffentlichen Raum.

Umweltsenatorin Dr. Maike Schaefer: "Die Bremerinnen und Bremer wollen gerne in einer sauberen und umweltgerechten Stadt leben. Leider wird zu viel Müll oftmals achtlos weggeworfen. Wir wollen im Interesse der Stadt und unser aller das Bewusstsein schärfen. Eine saubere Stadt ist eine lebenswerte Stadt."

Innensenator Ulrich Mäurer: "Achtlos weggeworfener Müll ist nicht nur optisch ein Ärgernis für alle. Wenn Menschen sich unsicher fühlen, hängt das überwiegend mit Unordnung zusammen. Wo einmal Müll liegt, kommt weiterer Müll hinzu. Es sind in manchen Straßen dieser Stadt unerträgliche Zustände eingerissen. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass die Bremer Stadtreinigung mit ihrer neuen Kampagne die Menschen in vielfältiger Weise anspricht."

Vorstand der Bremer Stadtreinigung, Insa Nanninga: "Alle Maßnahmen der Kampagne sollen sensibilisieren und zu einem veränderten Verhalten aufrufen. Denn nur wenn alle an einem Strang ziehen, erreichen wir das Ziel."

"Bremen sagt NEIN zu Gewalt gegen Frauen"



Die Flagge vor dem Dienstgebäude des Senator für Inneres

Mit einer Aktion der Bremischen Bürgerschaft am heutigen 25. Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zeigen bremische Behörden sprichwörtlich Flagge: Zu Sonnenaufgang um 8:07 Uhr wurde am Haus der Bürgerschaft sowie am Rathaus die Flagge mit der Aufschrift "Bremen sagt Nein zu Gewalt gegen Frauen" gehisst - auch vor der Innenbehörde. Damit setzt auch Innensenator Ulrich Mäurer ein Zeichen gegen körperliche und seelische Verletzungen von Mädchen und Frauen.

Nach einem Beschluss der UN-Vollversammlung im Jahr 1999 wird jedes Jahr am 25. November weltweit aufmerksam gemacht auf Themen wie Zwangsprostitution, sexuelle Gewalt und häusliche Gewalt.

Es gibt eine kostenlose Telefonhotline 08000 116 016, die bundesweit rund um die Uhr erreichbar ist. Mehr Informationen auch unter www.hilfetelefon.de.

Vereidigung von 204 Polizeikommissar-Anwärtern und -Anwärterinnen - fünfmal so viele wie im Jahr 2012

Am heutigen Mittwoch wurden im großen Saal der "Glocke" 169 Anwärterinnen und Anwärter für die Polizei Bremen vereidigt, 35 für die Ortspolizei Bremerhaven.

"Heute ist Ihr großer Tag, auf den Sie lange hingearbeitet haben", erklärte Innensenator Ulrich Mäurer an die angehenden Polizistinnen und Polizisten gerichtet. Insgesamt habe es 2304 Bewerbungen gegeben. Am Ende der schriftlichen, sportlichen und mündlichen Prüfung eigneten sich 370 Bewerberinnen und Bewerber. Aus diesem Kreis wurden schließlich 204 Frauen und Männer ausgesucht, die bei allen Tests besonders gut abgeschnitten hatten und am 1. Oktober ihr Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung aufgenommen haben. Mäurer: "Ihnen allen meinen Glückwunsch. Nun liegen drei anspruchsvolle Jahre vor Ihnen. Ihr Teamgeist und Ihre Einsatzfreude sind dabei gefragt."

Im Gegenzug werden die 68 Anwärterinnen und 136 Anwärter ein besonderes Zusammenhalts- und Gemeinschaftsgefühl erleben. "Ihr Ziel und unser Ziel muss sein, dass wir uns in drei Jahren hier wiedersehen", so Mäurer weiter, "und dass Sie, gut vorbereitet und gut ausgebildet, darauf brennen, unsere beiden Städte ein ganzes Stück sicherer zu machen." Innensenator Mäurer versprach, dass er sich mit aller Kraft dafür im Senat einsetzen werde, dass es auch in den kommenden Jahren bei diesen hohen Einstellungszahlen für die Bremer und Bremerhavener Polizei bleiben werde: "Das heißt, wenn Sie Ihr Studium in drei Jahren beendet haben, werden wir einen Großteil der personellen Durststrecke überwunden haben."

Neues Polizeirevier Innenstadt am Hauptbahnhof

Große und helle Räume mit einer aufwendig restaurierten, denkmalgeschützten Decke: Nach anderthalb Jahren Bauzeit ist das neue Revier Innenstadt der Polizei Bremen am Hauptbahnhof bezogen. Im selben Gebäude gleich nebenan: die Wache der Bundespolizei. Die Synergieeffekte unter einem Dach liegen auf der Hand: gemeinsame Doppelstreifen im Bereich des Bahnhofs und auf der Bürgerweide, direkte Wege für die Bürgerinnen und Bürger, sowie gegenseitige Unterstützung aus konkreten Anlässen.

"Das soll erst der Anfang sein", erklärte Innensenator Ulrich Mäurer. Perspektivisch soll das Kommissariat Mitte (Am Wall) an diesem Standort angesiedelt werden.

DANKE - Senatorin Stahmann und Senator Mäurer empfangen Ehrenamtliche im Rathaus

"Das Geheimnis des Glücks liegt nicht im Besitz, sondern im Geben. Wer andere glücklich macht, wird glücklich." -André Gide, französischer Philosoph

Rund 300 Ehrenamtliche haben heute Sozialsenatorin Anja Stahmann und Innensenator Ulrich Mäurer in der Oberen Rathaushalle für ihren freiwilligen Einsatz geehrt. "Bremen ist die Stadt der Ehrenamtlichen", sagte Senatorin Stahmann, "in keinem anderen Stadtstaat gibt es so viele ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Das ist ein sehr ermutigender Ausdruck für den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt." Über 270.000 Menschen seien an der Weser ehrenamtlich aktiv.

"Ohne Sie wäre es ärmer und kälter um uns herum. Sie machen das Leben in unserer Stadt wertvoller und lebenswerter", erklärte Mäurer. Dabei sei das Ehrenamt nicht nur Ausdruck selbstloser Aufopferungsbereitschaft: "Ich bin mir sicher, dass viele von Ihnen durch Ihre Arbeit eine Menge zurückbekommen: Ein Ehrenamt gibt neue Anstöße, verhilft zu neuen Sichtweisen und stiftet Freundschaften. Es ist dann auch eine Bereicherung, seine Kraft, seine Erfahrungen und Talente mit anderen zu teilen."

Mäurer stellt Mustergebührenordnung auf IMK vor

Ein Thema auf der dreitägigen Innenministerkonferenz (IMK) in Lübeck war die Mustergebührenordnung, die Innensenator Ulrich Mäurer gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Innenminister Roger Lewentz den Teilnehmenden vorgestellt hat. Ziel ist es, diese Musterregelung den Kollegen bekannt zu machen und breit zu streuen.

Die Mustergebührenordnung zeigt eine saubere und klare Abgrenzung zu den Veranstaltungen, die von der Regelung eben nicht erfasst werden, beispielsweise der Kirchentag und Karnevalsumzüge. "Ich bin mir sicher", so Mäurer, "dass das ein hilfreiches Papier ist und auch viele Dritte interessieren wird."

Schon in diesem Jahr konnten 670.000 Euro, die die DFL in Zusammenhang mit Gebühren für den Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte bei sogenannten Hochrisikospiele in Bremen überwiesen hat, für Überstunden der Polizei ausgezahlt werden. Dabei wird es aber nicht bleiben. Im kommenden Jahr werde Bremen weitere Gelder für Überstunden auszahlen können. Mäurer: "Das Verfahren wird im nächsten Jahr vor das Bremer Oberverwaltungsgericht gehen und ich bin überzeugt, dass wir gewinnen werden."